



Bericht und Beschlussempfehlung

des Sozialausschusses

Hitzeschutz in Schleswig-Holstein verbessern – Hitzeaktionsplan entwickeln

Antrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 20/1171](#) (neu)

Vorsorgender Hitzeschutz auf der Basis des Grundgesetzes

Alternativantrag der Fraktion der FDP
[Drucksache 20/1223](#)

Bevölkerung besser vor extremen Wetterbedingungen schützen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 20/1236](#)

Durch Plenarbeschluss vom 13. Juli 2023 hat der Landtag federführend dem Sozialausschuss und mitberatend dem Umwelt- und Agrarausschuss sowie dem Innen- und Rechtsausschuss den Antrag der Fraktion der SPD betreffend Hitzeschutz in Schleswig-Holstein verbessern – Hitzeaktionsplan entwickeln, [Drucksache 20/1171](#) (neu), den dazugehörigen Alternativantrag der Fraktion der FDP mit dem Titel Vorsorgender Hitzeschutz auf der Basis des Grundgesetzes, [Drucksache 20/1223](#), sowie den Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit dem Titel Bevölkerung besser vor extremen Wetterbedingungen schützen, [Drucksache 20/1236](#), überwiesen.

Die Ausschüsse haben sich in mehreren Sitzungen, der Sozialausschuss zuletzt in seiner Sitzung am 13. Juni 2024, der Umwelt- und Agrarausschuss zuletzt in seiner Sitzung am 7. Februar 2024 und der Innen- und Rechtsausschuss zuletzt in seiner Sitzung am 4. Juli 2024, mit den Anträgen befasst und dazu schriftliche Stellungnahmen eingeholt. Im Laufe der Beratungen hat sich der Umwelt- und Agrarausschuss dem Votum des Sozialausschusses im Vorwege angeschlossen. Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich nach Vorliegen des Votums des Sozialausschusses diesem in seiner Sitzung am 4. Juli angeschlossen.

Im Einvernehmen mit den mitberatenden Ausschüssen empfiehlt der Sozialausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und SSW bei Enthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags der Fraktion der SPD, [Drucksache 20/1171](#) (neu).

Den Alternativantrag der Fraktion der FDP, [Drucksache 20/1223](#), empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen dem Landtag ebenfalls zur Ablehnung.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen empfiehlt der Sozialausschuss sodann dem Landtag die Annahme des Alternativantrags der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, [Drucksache 20/1236](#), zur Annahme.

Katja Rathje-Hoffmann
Vorsitzende